

Das Frühjahr 2026 konfrontiert den Iran mit einem Abgrund, in dem sich die historischen Bruchlinien zu einem einzigen, tiefen Riss verdichten. Was lange als chronische Systemkrise schwelte, hat sich in den ersten Wochen des Jahres in ein akutes Stadium staatlichen Verfalls verwandelt. Das Überleben der Islamischen Republik steht nun zur Disposition. Nicht eine einzelne Krise treibt das Land dem Zusammenbruch entgegen, sondern die toxische Konvergenz dreier untrennbarer und sich gegenseitig beschleunigender Katastrophen: der totale sozioökonomische Kollaps, eine landesweite revolutionäre Erhebung und eine geopolitische Eskalation, die das Regime unter existenziellen Zugzwang setzt. Diese dreifache Umzingelung – von innen, von der Wirtschaft und von außen – hat eine Lage von historischer Brisanz geschaffen, deren Volatilität vergleichbar ist mit den Tagen unmittelbar vor dem Sturz des Schahs 1979.

Der ökonomische Zerfall bildet die erste dieser Krisen. Er stellt nicht länger nur eine Belastung dar, sondern die existenzielle Vernichtung der Lebensgrundlagen für einen Großteil der Bevölkerung. Die Hyperinflation hat die Schwelle des Erträglichen längst überschritten und ist zu einem gefräßigen Monster geworden, das Ersparnisse, Löhne und jegliche Hoffnung auf eine stabile Zukunft pulverisiert. Der Rial, einst ein Symbol nationaler Souveränität, ist zu bedrucktem Papier degradiert. Sein Wert erodiert im freien Fall schneller, als die Menschen ihn ausgeben können. Diese ökonomische Agonie ist mehr als eine statistische Anomalie; sie ist die alltägliche Realität leerer Tische, geschlossener Geschäfte und einer Verzweiflung, die sich in die Gesichter von Millionen eingegraben hat. Die staatliche Unfähigkeit, diesen Verfall aufzuhalten, hat die letzte Illusion eines funktionierenden Sozialvertrags zerstört. Wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, die elementarsten Bedürfnisse seiner Bürger zu sichern, verliert er sein fundamentalstes Existenzrecht. Die wirtschaftliche Not mag der Zündfunke gewesen sein, doch das Feuer, das nun lodert, wird von einer tieferen Quelle gespeist.

Dieser zweite Krisenherd, die landesweite revolutionäre Erhebung, ist die direkte Folge dieser Verelendung. Sie hat sich jedoch längst von ihren ökonomischen Wurzeln emanzipiert. Die Proteste, die Ende Dezember 2025 als Reaktion auf steigende Brotpreise begannen, haben sich mit atemberaubender Geschwindigkeit in allen 31 Provinzen des Landes ausgebreitet und ihren Charakter fundamental gewandelt. Die anfänglichen Rufe nach wirtschaftlicher Linderung sind einer radikalen und unmissverständlichen Ablehnung des gesamten theokratischen Systems gewichen. Die Slogans richten sich nicht mehr gegen einzelne politische Maßnahmen, sondern direkt gegen den Obersten Führer und die ideologischen Grundpfeiler der Republik. Es ist der Übergang von der Demonstration zum Aufstand, von der Forderung nach Reform zur Forderung nach Revolution. Das Regime hat auf diesen Wandel mit einer Brutalität geantwortet, die selbst für seine Verhältnisse beispiellos ist. Doch anstatt den Widerstand zu brechen, hat die massive staatliche Gewalt – die Tötung Tausender unbewaffneter Zivilisten auf offener Straße – die letzte moralische Legitimität der Herrschenden vernichtet. Jeder Schuss auf die eigene Bevölkerung hat die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft unüberbrückbar gemacht und den zivilen Widerstand in seinem Urteil bestärkt, dass dieses System nicht reformierbar, sondern nur überwindbar ist.

Vervollständigt wird dieses Bild des belagerten Staates durch die dritte Krise, die geopolitische Konfrontation. Während das Regime im Inneren um seine Existenz kämpft, zieht sich die Schlinge von außen enger. Das unmissverständliche militärische Ultimatum der Vereinigten Staaten, untermauert durch die Präsenz einer Flugzeugträgergruppe in der Region, und die kaum

verhohlenen Drohungen Israels mit präventiven Schlägen gegen die iranischen Nuklearanlagen haben den Druck ins Unermessliche gesteigert. Internationale Sanktionen, angeführt von Großbritannien und der Europäischen Union, isolieren Teheran weiter und schneiden es von lebenswichtigen Ressourcen ab. Diese externe Bedrohung ist kein abstraktes diplomatisches Manöver; sie ist eine konkrete militärische Gefahr, die das Regime zwingt, an zwei Fronten gleichzeitig zu kämpfen. Die innenpolitische Repression wird so auch zu einer Botschaft der Stärke nach außen, während jede Geste des Einlenkens gegenüber internationalen Forderungen als Schwäche im Inneren interpretiert werden könnte. In diesem fatalen Dreieck aus wirtschaftlichem Ruin, innerer Revolution und äußerer Bedrohung sind die Handlungsoptionen des Regimes auf ein Minimum geschrumpft, und die Wahrscheinlichkeit einer rationalen, deeskalierenden Politik tendiert gegen null. Die zentrale Frage, die sich zu Beginn des Jahres 2026 stellt, ist daher nicht mehr, ob das System kollabiert, sondern wie.

Die Reaktion des Regimes auf diese existenzielle Bedrohung ist weder politischer noch diplomatischer Natur; sie ist die konsequente Transformation staatlicher Gewalt in ein System der totalen Unterdrückung. Die Ereignisse des Januars 2026 sind daher nicht als panische Überreaktion einer in die Enge getriebenen Autokratie zu deuten, sondern als die logische Exekution einer kalt kalkulierten Strategie. Diese Strategie zielt nicht mehr nur darauf ab, den zivilen Widerstand zu brechen oder abzuschrecken. Ihr Ziel ist die physische und moralische Vernichtung jeder Form von Opposition und die Schaffung einer gesellschaftlichen Tabula rasa, auf der sich die Herrschaft der Theokratie neu zu konstituieren versucht. Gewalt ist hier kein Kollateralschaden, sondern das primäre Werkzeug; die Verletzung der Menschenrechte ist keine bedauerliche Begleiterscheinung, sondern das erklärte, operative Ziel. Diese These einer bewussten und systematischen Vernichtungsstrategie stützt sich auf eine Trias von interdependenten Maßnahmen: das Massaker als militärisches Instrument zur Entvölkerung von Protestzentren, die gezielte Zerstörung der medizinischen Neutralität als Mittel zur psychologischen Kriegsführung und die Errichtung einer totalen Informationsblockade als Vorbedingung für Verbrechen ungestörten Ausmaßes.

Im Zentrum dieser Strategie stehen die koordinierten Massentötungen vom 8. und 9. Januar, die in ihrer Dimension, Organisation und Brutalität weit über alles hinausgehen, was die Islamische Republik bisher gegen ihre eigene Bevölkerung entfesselt hat. Geleakte Berichte, die von über 30.000 Todesopfern an nur zwei Tagen sprechen, deuten auf eine Operation hin, die in ihrem Charakter einem kriegesischen Feldzug gleicht. Der Einsatz von schweren DShK-Maschinengewehren gegen unbewaffnete Zivilisten, die systematische Verwendung von Scharfschützen zur Eliminierung von Anführern und die dokumentierten „Finalschüsse“ auf bereits am Boden liegende Verletzte offenbaren eine Absicht, die über die bloße Auflösung von Demonstrationen hinausgeht. Es ist die Absicht zur Auslöschung. Die Protestierenden werden nicht mehr als politische Gegner behandelt, sondern als feindliche Kombattanten in einem asymmetrischen Bürgerkrieg, der vom Staat einseitig erklärt wurde. Diese entmenslichte Wahrnehmung ist die ideologische Voraussetzung für eine Gewalt, die keine Grenzen mehr kennt und deren Zweck es ist, ganze Generationen potenzieller Regimegegner physisch zu eliminieren und die Überlebenden durch das schiere Ausmaß des Terrors dauerhaft zu lähmen.

Diese physische Vernichtung wird durch einen nicht minder grausamen Angriff auf die humanitäre

Infrastruktur flankiert. Die systematische Verletzung der medizinischen Neutralität ist der zweite Pfeiler der Unterdrückungsstrategie. Indem Sicherheitskräfte gezielt Krankenhäuser stürmen, verletzte Demonstranten von Operationstischen zerren oder medizinisches Personal, das seiner ethischen Pflicht nachkommt, verhaftet, foltert und als „Helfer von Terroristen“ brandmarkt, zerstört das Regime eine der letzten zivilisatorischen Schutzzonen. Der Angriff auf das Imam Khomeini Krankenhaus in Ilam am 4. Januar, bei dem medizinisches Personal mit Tränengas und Schrotmunition attackiert wurde, ist kein Einzelfall, sondern ein exemplarisches Manöver. Es sendet eine unmissverständliche Botschaft: Es gibt keinen sicheren Ort. Verletzung bedeutet nicht Rettung, sondern markiert das Opfer für die Verhaftung oder Exekution. Diese Taktik hat einen doppelten strategischen Wert. Einerseits verhindert sie die physische Regeneration des Widerstands, indem sie die Versorgung von Verletzten unterbindet. Andererseits entfaltet sie eine immense psychologische Wirkung, indem sie die Solidarität untergräbt und jeden Akt der Hilfeleistung zu einem potenziell tödlichen Risiko macht. Sie verwandelt Ärzte in Komplizen oder Opfer und Spitäler in Fallen, wodurch die moralische Ordnung der Gesellschaft gezielt pervertiert wird.

Die dritte und entscheidende Komponente dieser Gesamtstrategie ist die Herstellung von Unsichtbarkeit. Die landesweite Abschaltung des Internets am Abend des 8. Januar um Punkt 22:00 Uhr war keine spontane Maßnahme, sondern der digitale Startschuss für die physische Eskalation. Diese bereits in den Jahren 2019 und 2022 erprobte Taktik dient dazu, das Land in eine informationelle Blackbox zu verwandeln, in der Verbrechen gegen die Menschlichkeit ohne Zeugen und ohne Dokumentation stattfinden können. Die digitale Isolation hat eine doppelte Funktion: Nach innen verhindert sie die Koordination des Widerstands und verbreitet unter den Protestierenden ein Gefühl der Verlassenheit. Nach außen blockiert sie den Informationsfluss und ermöglicht es dem Regime, das Narrativ zu kontrollieren, die Opferzahlen zu leugnen und das Ausmaß der Gräueltaten vor der internationalen Gemeinschaft zu verbergen. Die Internetabschaltung ist somit die notwendige Bedingung für die Durchführung von Massakern im industriellen Maßstab. Sie schafft einen rechtsfreien Raum im Verborgenen, in dem die Logik der Vernichtung ungestört walten kann. Die Kombination aus militärischer Gewalt, Angriffen auf die medizinische Versorgung und totaler Informationskontrolle bildet somit ein geschlossenes System, dessen Ziel die endgültige Zerschlagung des zivilen Aufstands durch Terror ist.

Diese Strategie der totalen Unterdrückung fand ihren blutigsten Ausdruck in den 48 Stunden des 8. und 9. Januar 2026, zwei Tagen, die sich in das kollektive Gedächtnis des Iran als Chiffre für einen staatlich organisierten Vernichtungsfeldzug gegen die eigene Bevölkerung eingebrannt haben. Die Gewalt, die in diesen Stunden entfesselt wurde, folgte nicht mehr der Logik der Einschüchterung oder der Zerschlagung von Protesten; sie folgte der Logik des Massakers. Es war eine Gewalt, die nicht mehr disziplinieren, sondern auslöschen wollte. Geleakte Berichte aus dem innersten Zirkel des Gesundheitsministeriums, die von über 30.000 Toten allein in diesem kurzen Zeitraum sprechen, mögen in ihrer schieren Unfassbarkeit an der Grenze des Vorstellbaren liegen, doch sie korrespondieren mit der Art der eingesetzten Mittel und der bezeugten Methodik. Die Straßen der iranischen Städte wurden zu Schlachtfeldern, auf denen eine Seite unbewaffnet war. Der Einsatz von schweren DShK-Maschinengewehren, die für den Kampf gegen leicht gepanzerte Fahrzeuge und Helikopter konzipiert sind, gegen Gruppen von Zivilisten, ist ein unmissverständliches Indiz für den Wandel des Ziels: Es ging nicht mehr darum, eine Demonstration aufzulösen, sondern darum,

die Demonstrierenden zu vernichten. Die Kugeln dieser Waffen zerreißen menschliche Körper; ihr Einsatz in urbanen Zentren ist ein Akt des Terrors, der jede Unterscheidung zwischen Kombattant und Zivilist, zwischen Widerstand und bloßer Existenz im öffentlichen Raum, aufhebt.

Die Grausamkeit erschöpfte sich jedoch nicht im wahl- und wahllosen Töten aus der Distanz. Augenzeugenberichte, die trotz der landesweiten Internetsperre nach außen drangen, zeichnen ein noch finsteres Bild der Dehumanisierung. Sie sprechen von gezielten Kopfschüssen durch Scharfschützen, die auf den Dächern lauerten, und von einer Praxis, die als „Finalschuss“ bezeichnet wurde: das methodische Exekutieren bereits am Boden liegender, wehrloser Verletzter durch Milizionäre der Basidsch oder Revolutionsgardisten. Diese Handlung ist mehr als nur die Sicherung eines taktischen Vorteils; sie ist ein ritualisierter Akt der Entmenschlichung, der dem Opfer die letzte Würde und die letzte Hoffnung auf Überleben raubt. Sie signalisiert dem Gegenüber, dass sein Leben keinen Wert mehr besitzt und seine bloße Existenz als Fehler begriffen wird, der korrigiert werden muss. Wer einen wehrlosen Menschen am Boden exekutiert, führt keinen Kampf mehr, er vollstreckt ein Urteil. In diesen Finalschüssen manifestiert sich die ideologische Essenz des Regimes in ihrer reinsten Form: die absolute Negation jedes Anspruchs auf Leben, der sich seiner Autorität widersetzt. Die systematische Tötung von Zehntausenden innerhalb von zwei Tagen war somit keine Eskalation im Affekt, sondern die Umsetzung eines Plans, dessen Ziel die physische Ausrottung des als existenziell empfundenen Gegners war.

Parallel zu diesem frontalen Angriff auf das Leben der Bürger eröffnete das Regime eine zweite Front, die nicht minder perfide war und die strategische Tiefe seines Vernichtungswillens offenlegt: den Krieg gegen die Medizin. Die systematische Verletzung der medizinischen Neutralität ist mehr als eine bloße Menschenrechtsverletzung nach internationalen Konventionen; sie ist ein Angriff auf die letzte Bastion der Humanität inmitten des Chaos. Als am 4. Januar Sicherheitskräfte das Imam-Khomeini-Krankenhaus in Ilam stürmten, Tränengas in die Notaufnahme feuerten und mit Schrotmunition auf Ärzte und Pflegepersonal schossen, war dies kein isolierter Exzess. Es war der Auftakt zu einer landesweiten Kampagne, die darauf abzielte, die logistische und moralische Infrastruktur des Widerstands zu zerstören. Krankenhäuser, traditionell Orte der Zuflucht und Heilung, wurden in Fallen verwandelt. Berichte über das Verschleppen von Verletzten direkt von den Operationstischen, über die Verhaftung und Folterung von Ärzten, die ihrer Pflicht zur Hilfeleistung nachkamen, und über die gezielte Exekution von im Spital aufgespürten Demonstranten zeugen von einer Logik, die keine sicheren Räume mehr duldet. Indem das Regime medizinisches Personal als „Helfer von Terroristen“ brandmarkte, pervertierte es den hippokratischen Eid zu einem Akt des Verrats und zwang Ärzte in ein unlösbares Dilemma: zu helfen und das eigene Leben zu riskieren oder die Hilfe zu verweigern und die eigene Berufsethik zu verraten. Diese Strategie geht weit über die Unterdrückung von Protest hinaus. Sie zielt darauf ab, die gesellschaftliche Solidarität im Kern zu zersetzen, indem sie den Akt der Nächstenliebe und der medizinischen Hilfeleistung zu einem Verbrechen erklärt. Wer die Heilung von Verwundeten verhindert, will nicht nur den Kampf gewinnen – er will sicherstellen, dass es keine Überlebenden gibt. Das Massaker auf den Straßen und die Erstürmung der Krankenhäuser sind somit zwei Seiten derselben Medaille, die untrennbaren Komponenten eines systematischen Auslöschungsfeldzugs.

Doch die Logik der Auslöschung kennt nicht nur die physische, sondern auch die epistemische Dimension. Ein Massaker, das vollständig dokumentiert und in Echtzeit in die Welt gesendet wird,

erzeugt eine politische Realität, die selbst für das brutalste Regime kaum zu kontrollieren ist. Die Strategie der totalen Unterdrückung erforderte daher zwingend einen zweiten, parallel geführten Krieg: den Kampf um die Kontrolle der Information, die bewusste Herstellung von Unsichtbarkeit. So folgte dem Einsatz schwerer Maschinengewehre auf den Straßen die Aktivierung eines ebenso mächtigen Instruments staatlicher Gewalt: der Schalter, der ein ganzes Land vom globalen Nervensystem der digitalen Kommunikation trennt. Die landesweite Kappung des Internets, die am Abend des 8. Januar mit einer Effizienz von 99 Prozent vollzogen wurde, war kein spontaner Akt der Panik. Sie war, wie bereits bei früheren Erhebungen in den Jahren 2019 und 2022 erprobt, ein kalt kalkulierter, vorbereitender Schritt, der Vorbote der höchsten Eskalationsstufe. Das Regime schuf vorsätzlich einen schwarzen Fleck auf der Weltkarte, einen digitalen Abgrund, in dem die Schreie der Opfer, das Rattern der Gewehre und das Bildmaterial der Gräueltaten verschwinden sollten, bevor sie zu Symbolen und Beweismitteln werden konnten. Damit wurde nicht nur die internationale Öffentlichkeit von der unmittelbaren Wahrnehmung der Verbrechen abgeschnitten, sondern auch die Bevölkerung im Inneren fragmentiert und gelähmt. Ohne die Möglichkeit zur Koordination, zur Verifizierung von Nachrichten oder zur kollektiven Trauer wurde jeder Protestierende, jede Zelle des Widerstands, auf sich selbst zurückgeworfen, isoliert in einem Vakuum der Ungewissheit und Angst, in dem das staatlich orchestrierte Gerücht die einzige verbleibende Informationsquelle darstellte. Es ist eine moderne Form der *damnatio memoriae*, der Auslöschung aus dem Gedächtnis, die hier nicht postum, sondern simultan zum Akt der Tötung selbst praktiziert wird.

Als die physische Gewalt auf den Straßen nach den blutigsten Tagen abebbte und das digitale Schweigen das Land überzog, begann die dritte Phase des Vernichtungsfeldzugs: die juristische. Die Justiz, in einem funktionierenden Rechtsstaat das Korrektiv der Exekutivgewalt, wurde in der Islamischen Republik endgültig zu deren schärfster Waffe pervertiert. Was folgte, war nicht die Wiederherstellung von Recht und Ordnung, sondern die Fortsetzung des Massakers mit prozessualen Mitteln. Die Gerichte wurden zu Schnellabfertigungsstellen des Terrors, deren Aufgabe nicht in der Wahrheitsfindung, sondern in der nachträglichen Legitimierung und Vollstreckung politisch motivierter Todesurteile bestand. Die Ankündigung, die Prozesse gegen Verhaftete zu beschleunigen, war ein kaum verhohlenes Signal, dass rechtsstaatliche Garantien wie eine angemessene Verteidigung, die Prüfung von Beweisen oder das Recht auf Berufung außer Kraft gesetzt waren. In Scheinverfahren, die teils online abgehalten wurden, verurteilte man Dutzende von Demonstrierenden zum Tode. Namen wie der des 19-jährigen Amateurboxers Sepehr Ebrahimi wurden zu Chiffren für eine Justiz, die nicht mehr richtet, sondern mordet. Diese Hinrichtungen dienten einem doppelten Zweck: Sie waren Akte der ultimativen Abschreckung, die jedem potenziellen Widerständler den höchstmöglichen Preis vor Augen führen sollten. Gleichzeitig waren sie die systematische, physische Eliminierung jener, die das Regime als Anführer oder Symbole des Aufstands identifiziert hatte. Die Todesstrafe wurde hier von einer strafrechtlichen Sanktion zu einem Instrument der politischen Säuberung.

Diese drakonische Trias aus physischer Vernichtung, erzwungener Unsichtbarkeit und juristischem Terror ist die einzig logische Antwort eines Systems, das sich nicht mehr mit Forderungen nach Reformen, sondern mit seiner fundamentalen Ablehnung konfrontiert sieht. Die Proteste des Winters 2025/2026 hatten jene kritische Schwelle überschritten, an der ökonomische Verzweiflung in eine revolutionäre Infragestellung der gesamten theokratischen Ordnung umschlägt. Die

Radikalität der Slogans, die sich direkt gegen den Obersten Führer Ali Khamenei richteten, signalisierte den vollständigen Bruch des ungeschriebenen Gesellschaftsvertrags und den Verlust jeglicher moralischen Legitimität. Ein Regime, das seine Herrschaft nicht mehr auf Zustimmung, sondern nur noch auf Furcht gründen kann, nimmt jede Form des Dissenses als existenzielle Bedrohung wahr. Wo keine gemeinsame politische Sprache mehr existiert, bleibt als letztes Mittel der Kommunikation die nackte Gewalt. Die systematische Brutalität ist somit kein Zeichen der Stärke, sondern das unübersehbare Symptom eines Systems in Agonie, das im Kampf um sein Überleben bereit ist, die Gesellschaft, über die es zu herrschen beansprucht, auszulöschen.

Doch während diese Maschinerie der Auslöschung im Inneren mit unerbittlicher Effizienz operiert, wird das Regime auf der internationalen Bühne zu einer paradoxen Doppelrolle gezwungen. Die globale Resonanz auf die Massaker, die Drohgebärden einer US-Flugzeugträgergruppe im Persischen Golf, die kaum verhohlenen Ultimaten aus Washington und Tel Aviv sowie die konzertierten Sanktionswellen aus Europa schaffen einen externen Druck, der selbst für die isolierteste Theokratie nicht zu ignorieren ist. Konfrontiert mit der realen Gefahr einer militärischen Eskalation, die seine Existenz endgültig beenden könnte, und dem wirtschaftlichen Würgegriff, der die letzten Ressourcen des Staates aufzehrt, muss das System ein zweites Gesicht aufsetzen. Es ist das Gesicht der scheinbaren Mäßigung, eine sorgfältig konstruierte Fassade der Deeskalation, die den internationalen Akteuren einen Vorwand liefern soll, von einer direkten Konfrontation abzusehen. Diese diplomatische Camouflage stellt jedoch kein Gegenargument zur These der totalen Unterdrückung dar, sondern ist deren zynische und notwendige Ergänzung. Sie ist die strategische Inszenierung von Vernunft, die den Raum schaffen soll, in dem die Unvernunft der brutalen Gewalt unbehelligt wüten kann.

Diese Schizophrenie der staatlichen Kommunikation manifestiert sich in einem schroffen Kontrast zwischen Wort und Tat. Während iranische Diplomaten in den Hauptstädten der Welt von der Notwendigkeit des Dialogs sprechen, die Gewalt bedauern und unabhängige Untersuchungskommissionen versprechen, werden in den Gefängnissen von Evin und Kahrizak weiterhin Geständnisse unter Folter erpresst. Während offizielle Sprecher die Bilder von Gewalt als westliche Propaganda abtun oder die Toten als Opfer von ausländischen Agenten darstellen, stürmen Revolutionsgardisten weiterhin Krankenhäuser und verschleppen Verletzte von den Operationstischen. Jede verbale Geste der Besänftigung nach außen wird von einer weiteren Eskalation der Repression nach innen Lügen gestraft. Dieses Vorgehen ist kein Ausdruck von Desorganisation oder internen Machtkämpfen zwischen Hardlinern und Gemäßigten; es ist ein kohärentes, wenn auch perfides Kalkül. Das Ziel besteht darin, die internationale Gemeinschaft in einem Zustand der Ambivalenz zu halten – zwischen Empörung über die Gewalt und der Hoffnung auf eine diplomatische Lösung. Das Regime spekuliert darauf, dass der Wunsch der Weltmächte, einen weiteren Krieg im Nahen Osten zu vermeiden, größer ist als ihre Bereitschaft, für die Menschenrechte im Iran konsequent einzutreten. Die Deeskalationsrhetorik dient als Beruhigungsmittel für das globale Gewissen, eine Einladung, den Blick abzuwenden und sich mit symbolischen Sanktionen zufriedenzugeben, während hinter dem Vorhang die „Säuberung“ des Landes von seinen widerständigen Elementen vollendet wird.

Die Maskerade wird besonders deutlich in der Art und Weise, wie das Regime auf spezifische internationale Forderungen reagiert. Die Ankündigung der EU, die Revolutionsgarden als

Terrororganisation einzustufen, wird mit rhetorischer Empörung, aber auch mit vagen Andeutungen über eine mögliche Kooperation in anderen Politikfeldern beantwortet. Dem amerikanischen Ultimatum begegnet man mit einer Mischung aus martialischer Trotzrede für das heimische Publikum und geheimen Back-Channel-Gesprächen, die eine Verhandlungsbereitschaft signalisieren. Diese strategische Ambiguität ist darauf ausgelegt, die Entschlossenheit der internationalen Koalition zu untergraben, Keile zwischen die Verbündeten zu treiben und den politischen Prozess so lange zu verlangsamen, bis die vollendeten Tatsachen im Inneren des Iran nicht mehr reversibel sind. Die Zeit, die durch diese diplomatische Charade gewonnen wird, ist die Zeit, die das Justizsystem benötigt, um hunderte weitere Todesurteile zu vollstrecken. Es ist die Zeit, die die Sicherheitskräfte benötigen, um die letzten Netzwerke des Widerstands zu zerschlagen. Die inszenierte Deeskalation ist somit nicht der Anfang vom Ende der Gewalt, sondern ein Mittel zu ihrer ungestörten Fortsetzung. Sie entlarvt die wahre Natur des Regimes eindrücklicher als die Gewalt selbst: Ein System, das nicht nur bereit ist, seine Bürger zu töten, sondern auch die Sprache der Diplomatie und des Friedens zu pervertieren, um dieses Morden zu verschleiern. Die Fassade der Mäßigung ist die letzte, vielleicht raffinierteste Waffe im Arsenal der totalen Unterdrückung.

Damit schließt sich der Kreis einer Gewaltstrategie, die in ihrer architektonischen Präzision des Terrors eine furchtbare Vollendung findet. Die inszenierte Mäßigung ist keine Abkehr von der Barbarei, sondern ihre logische Fortsetzung mit anderen Mitteln – die letzte Stufe einer Eskalation, die auf die physische Vernichtung, die epistemische Auslöschung und die juristische Perversion nun die diplomatische Täuschung folgen lässt. Was die Analyse der Ereignisse Anfang 2026 unmissverständlich offenbart, ist die Anatomie eines Regimes, das den Rubikon der reinen Autorität längst überschritten hat und nun im Territorium der totalen Beherrschung operiert. Seine Gewalt ist nicht mehr reaktiv, nicht mehr der chaotische Ausdruck von Panik. Sie ist proaktiv, systematisch und von einer kalten Rationalität durchdrungen, deren einziges Ziel die endgültige Pulverisierung jedes autonomen gesellschaftlichen Impulses ist. Das Band zwischen Herrschenden und Beherrschten ist nicht nur zerrissen, es ist von den Säurebädern der Massaker und der Justizwillkür aufgelöst worden. Übrig bleibt die nackte Macht, die sich nicht mehr die Mühe macht, ihre Herrschaft zu legitimieren, sondern sie lediglich exekutiert.

Ein solches System hat das Land an einen kritischen Scheideweg geführt, von dem kein Weg mehr zurück in eine wie auch immer geartete Normalität führt. Die Zukunft des Iran verästelt sich nun in mehrere, gleichermaßen gefährliche Pfade. Der erste ist der Weg der inneren Implosion, eines langsamen, qualvollen Zerfalls in einen Zustand permanenter, niedrigrschwelliger Gewalt. In diesem Szenario gelingt es dem Regime, die organisierten Proteste durch schiere Brutalität zu zerschlagen, doch der Preis ist die vollständige Atomisierung der Gesellschaft. Es entsteht ein Zustand des inneren Exils für Millionen von Menschen, ein schwelender Hass, der sich in vereinzelt Akten des Widerstands, in Sabotage und in einem unüberbrückbaren Misstrauen manifestiert, das jede Form von zivilem Wiederaufbau verunmöglicht. Das Land würde zu einem riesigen Gefängnis unter freiem Himmel, dessen Stabilität nur durch die ständige Präsenz des Sicherheitsapparates aufrechterhalten wird – eine Stabilität, die bei der geringsten Erschütterung in einen offenen Bürgerkrieg kippen könnte.

Der zweite Pfad ist der einer externen Konfrontation. Ein Regime, das im Inneren jede Legitimität

verloren hat und nur noch durch Furcht regiert, könnte versucht sein, sich durch eine militärische Eskalation nach außen neu zu legitimieren. Das amerikanische Ultimatum und die israelische Drohkulisse bieten dafür den perfekten Vorwand. Ein begrenzter Schlagabtausch oder sogar ein offener regionaler Krieg könnte als Mittel dienen, die zersplitterte Nation gegen einen äußeren Feind zu einen, die letzten Reste patriotischer Loyalität zu mobilisieren und die interne Repression unter dem Deckmantel des nationalen Notstands zu verschärfen. Es wäre eine Flucht nach vorn von höchstem Risiko, ein geopolitisches Glücksspiel, das nicht nur das Schicksal des Iran, sondern die Stabilität des gesamten Nahen Ostens in den Abgrund reißen könnte. Ein Flächenbrand, dessen Flammen weit über die Grenzen des iranischen Hochlands hinausgreifen würden.

Demgegenüber steht als dritte Möglichkeit die Hoffnung auf eine Transition, sei sie friedlich oder erzwungen. Dieser Weg ist der unwahrscheinlichste und zugleich der einzige, der eine Katastrophe abwenden könnte. Er hängt von einer Reihe fragiler Faktoren ab: dem anhaltenden Mut des zivilen Widerstands trotz der unvorstellbaren Verluste, dem Entstehen von Rissen innerhalb der Machtelite des Regimes selbst – vielleicht im Militär oder im klerikalen Establishment, wo einige die selbstmörderische Logik der totalen Konfrontation erkennen mögen – und einer klugen, geeinten internationalen Strategie, die über Sanktionen hinausgeht und einer glaubwürdigen Exil-Opposition hilft, sich als legitime Übergangsregierung zu etablieren. Doch selbst dieser beste aller möglichen Ausgänge wäre mit immensen Gefahren verbunden, mit dem Risiko von Machtkämpfen, Racheakten und dem Zerfall staatlicher Strukturen in der Übergangsphase.

Unabhängig davon, welcher Pfad beschritten wird, ist bereits jetzt gewiss: Das Regime der Islamischen Republik hat in den ersten Wochen des Jahres 2026 seine moralische Existenzberechtigung endgültig verwirkt. Es mag ihm gelingen, die Körper seiner Bürger zu kontrollieren, aber es hat die Seelen seines Volkes unwiederbringlich verloren. Die Massaker vom 8. und 9. Januar, die gestürmten Krankenhäuser und die im Schnellverfahren hingerichteten Jugendlichen haben sich in das kollektive Gedächtnis der Nation eingebrannt. Sie sind zu den Gründungsmythen einer zukünftigen, noch ungeschriebenen iranischen Geschichte geworden. Die totale Repression mag die Stille der Friedhöfe erzeugen, aber sie kann nicht die Erinnerung auslöschen. In dieser Erinnerung liegt der Keim für das, was kommen wird. Der Schatten, der heute tief über dem Land liegt, ist nicht das Ende der Geschichte, sondern vielleicht nur die Dunkelheit vor einer neuen, ungewissen und schmerzhaften Morgendämmerung. Das Schicksal des Iran ist nicht besiegelt, aber der Preis für seine Freiheit ist ins Unermessliche gestiegen.

Abdolreza Azhdari